

Ersteit täglich... 75 Pf. monatlich... Abonnementpreis für den Ausland...

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend - Ausgabe

Haupt-Expedition: SW. Jerusalemstr. 46/49... Telefon: Amt 1, Nr. 1033-1038...

Chef-Redaktion: Karl Wolke, Berlin W. Verlag: Dr. Rudolf Hoff, Berlin SW.

Der häusliche Zwist

zwischen den Konservativen und ihrem Führer

In den letzten Tagen an Schärfe eher zu als abgemildert. Nicht etwa auf Seiten des Reichstages! Dieser läßt die Konservativen durch seine Offiziere nach wie vor vorsichtig wie rohe Eier behandeln.

Wenn die Regierung das Recht der „Ausfärbung“ über ihre Vorlagen behalten zu sollen glaubt, so zerrt sie damit offene Türen ein, denn dieses Recht ist für von niemandem beschränkt worden.

Man sieht, die guten Freunde Wilhows haben sich gegen ihren hohen Protektor schon in einen ganz erheblichen Verlehnung hineingearbeitet.

Die Konservativen sind fertig, und man wird nun sehen, wie sich Wilho auf diese Provokation regieren wird.

Die Konservativen sind fertig, und man wird nun sehen, wie sich Wilho auf diese Provokation regieren wird. Seine Position ist so günstig wie nur denkbar: er hat in der Reichstagsverhandlung in der Verteidigung starken Rückhalt, der Bundesrat steht unbedingt hinter ihm und selbst innerhalb der konservativen Partei findet die Haltung der Fraktion und den Parteileitung einen lebhaften Beifall.

Die Konservativen sind fertig, und man wird nun sehen, wie sich Wilho auf diese Provokation regieren wird. Seine Position ist so günstig wie nur denkbar: er hat in der Reichstagsverhandlung in der Verteidigung starken Rückhalt, der Bundesrat steht unbedingt hinter ihm und selbst innerhalb der konservativen Partei findet die Haltung der Fraktion und den Parteileitung einen lebhaften Beifall.

Nach alledem wird der häusliche Zwist zwischen dem Kanzler und seiner allergeringsten konservativen Opposition niemals aus dem Reichstages einer politischen Wästelung münden, der die konservativen Schützen in den Sand werfen.

Die Galgenfrist für den Sultan.

Die Beratungen der Nationalversammlung.

Die türkische Nationalversammlung, die jetzt wieder in Istanbul tagt, beschäftigt sich gestern wieder mit der Frage der Absetzung des Sultans Abdul Hamid II. Sie kam aber noch zu keinem endgültigen Beschlusse.

Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, beschäftigt sich die Nationalversammlung in ihrer letzten Sitzung mit der Frage eines eventuellen Kronprinzessinnen. Da Mahmud II. Söhne hat, die die Nationalversammlung nicht für seine militärischen Verdienste nach 24 Stunden bewirgt, wurde die Beschlußfassung bis heute aufgeschoben.

Der Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ in Konstantinopel erfährt vorläufig, daß aus der beschlagnahmten telegraphischen Korrespondenz aus und nach dem Jibis-Rosch die Wittigkeits des Sultans an den letzten Ereignissen mit voller Deutlichkeit erwiesen sei.

Das Strafgericht.

Das Verfahren gegen diejenigen Personen, denen die Schuld an den blutigen Vorgängen in Konstantinopel zur Last gelegt wird, nimmt seinen Fortgang.

In der vergangenen Nacht sind in aller Stille die Massenverhaftungen von Personen erfolgt, die mit dem reaktionären Regime in Verbindung stehen.

Unter den bisher Verhafteten befindet sich eine große Zahl hoher Hofbeamten, darunter der erste Sekretär des Sultans Ali Dschewad-Bey, der Kommandant von Konstantinopel Zahir Pascha und Adir Aga, der ein persönlicher Freund des Sultans gewesen ist.

Dem Blatte „La Turquie“ zufolge hat man bei den bis gestern abend verhafteten Personen etwa 12000 türkische Pfund in Gold und Banknoten gefunden.

„Nieder mit dem Sultan!“

In Konstantinopel kam es gestern zu bemerkenswerten Kundgebungen gegen den Sultan. Ein Telegramm verlangt darüber folgendes:

Die gestrige Waffenbesetzung von 20 Soldaten und 3 Offizieren gestalte sich zu einer impopulanten und sullanfeindlichen Kundgebung.

Wie die türkische Presse berichtet, erklärte der Kaiserliche Botschafter in Istanbul, daß die kaiserlichen Botschafter sich freiwillig den nachdenklichen Tritten im Jibis ergeben haben.

Die Wechsellin in Annotien.

Wie die Römische „Agenzia Stefani“ meldet, haben die englischen und französischen Schiffe Alexandria verlassen, da sich die Lage gebessert hat.

Riviera-Coast.

Falieres, Leopold und Albert.

Der Präsident der französischen Republik hält immer noch in Nizza Hof. Gestern empfing und erwiderte er den Besuch des ebenfalls an der Riviera weilenden Königs der Belgier.

In Erinnerung an den Zeitpunkt des Präsidenten Falieres sprach der König der Belgier den französischen Behörden für die im vorerwähnten Aufnahmestunden seinen Dank aus.

an Bord des „Vittorio Emanuele“ veranfaßten Fräulein für einen Zeitungsdruck aus, in dem er der französischen Marine für die nach dem jüngsten Erdbeben an Sicilien geleistete Hilfe seinen Dank ausspricht.

An den König von Italien hat Präsident Fallieres ein Telegramm gerichtet, worin er ihm seine Freude über die Parade des italienischen Geschwaders auspricht.

Der König von Italien sprach dem Präsidenten für das ihm überbrachte Telegramm, sowie für den Herzog von Genoa und dem italienischen Geschwader bereitetem Empfang telegraphisch seinen Dank aus.

Die Reichswertzuwachssteuer und die Bodenreformer.

Der konservativste Antrag auf Einführung einer Reichswertzuwachssteuer beschäftigt gestern Abend eine Mitgliederversammlung des Bundes deutscher Bodenreformer im Hofsaal I der landwirtschaftlichen Hochschule.

Die Anstifter für die Einführung einer Reichswertzuwachssteuer seien durch die Fassung des konservativen Antrages ungenügend geworden, denn gegen diesen Antrag würden sich viele Parteien schon werden, weil er ganz überflüssig sei.

Die von Professor Adolf Wagner vorgebrachte Bedenken, man müsse erst Zeit für die Beschaffung einer Reichswertzuwachssteuer gewinnen, bezeichnete der Redner als nicht richtig.

Die von Professor Adolf Wagner vorgebrachte Bedenken, man müsse erst Zeit für die Beschaffung einer Reichswertzuwachssteuer gewinnen, bezeichnete der Redner als nicht richtig.

Vorkäufe erst einer!

Die in der Presse erschienene Mitteilung von der Maßregelung des zweiten Vorsitzenden des Bundes mittlere Reichs, Hof- und Telegraphenbeamten, des Telegraphenreferärs Brich trifft, wie die „Ab. Kor.“ erfährt, nicht zu.

Die Weinsteuer abgelehnt.

Die Weinsteuer und die Erhöhung der Schaumweinsteuer ist, wie der Reichstagsabgeordnete Passche nach der „Nationalzeitung“ dem Vorsitzenden des Deutschen Weinbauvereins offiziell mitgeteilt, in der Subkommission der Finanzkommission des Reichstags abgelehnt worden.

Zur ungarischen Kritik.

Der Parteipräsident in Ungarn, die Unabhängigkeitspartei drückte in ihrer gestrigen Parteifassung ihren Führern Franz Kossuth und Graf Apponyi in einer feierlichen Kundgebung ihre unerschütterliche Verbundenheit aus.

Französische Waidverordnungen.

Wie der Pariser „Matin“ erzählt, hat der Minister, um für den Fall etwaiger Aufhebungen am 1. Mai und im Falle einer Einstellung des telegraphischen Dienstes für die Regierung die Verbindungen zu sichern, eine Reihe besonderer Maßnahmen getroffen.

Stationen ausgedehnte Strecken beauftragt, an verschiedenen Punkten der Rhein-, der Elbe-, der Saale-, Elbe- und an der Grenzdenkmäler, in Fort Dresden und im Golf von Danzig, von Anker zu kleinen. Diese Schiffe werden in Verbindung mit den funktionsfähigsten Stationen in Bielefeld, Chemnitz, Brest, Bismarck, Rostock, Toulon und Paris und mit verschiedenen militärischen Stationen des Telegraphendienstes für alle größeren Plätze liefern.

### Die deutsche Messina-Expedition.

Die *Messina-Expedition* teilt mit, daß der Minister des Meeres und die letzte Expedition des Hilfscomités für die Opfer der Erdbebenkatastrophe in Süditalien in Höhe von 500,000 Lire eingekauft habe, und kauft aus diesem Anlaß, daß Deutschland unter ähnlichen Umständen, die Staaten zu Hilfe gestellt seien, ungenügend allein hervorzuheben sich einzeln, und daß der Reichstag, durch den die Expeditionen der italienischen Expeditionen, daß sich hauptsächlich zum Dolmetscher des italienischen Volkes gemacht habe.

### Die indische Reformvorlage.

wurde gestern vom englischen Unterhaus angenommen. Auf dem 1. und 2. März wurden die Beschlüsse der Kommission der Regierung über die dritte Lesung der Gesetzesvorlage zur Einführung von Reformen in Indien angenommen. Wichtig ist dem Oberhaus gegen den Willen der Regierung angenommen. Auf Grund der Entscheidung eines Juristen wird mit dem Oberhaus ein Kompromiß herbeigeführt werden.

**Recht, 26. April.** Durch die Explosion auf dem Unterseeboote „*Poros*“ sind vier ungenutzte, sieben Personen getötet und vierzehn verletzt worden.

**London, 26. April.** Es ist Vorlage getroffen, daß der Verkauf des Schiffsverkehrs, „*Reynard*“ vom Drednoughttyp in Portsmouth einige Wochen vor dem bestimmten Termin stattfinden kann. Man will dadurch die Möglichkeit schaffen, den Kiel des nächsten auf Bestellung zu konstruieren Schiffschiffes im Anfang November zu legen, das heißt einige Wochen früher, als im Programm ursprünglich vorgesehen war.

### Das Hausbesitzerprivileg.

#### Es bleibt beim alten.

Die Gemeindefunktion des Abgeordnetenhauses befaßte sich jüngst mit einer Petition des Danziger Mietervereins, das Hausbesitzerprivileg bei den Stadtbürgermeistern zu fassen. Dieses Vorrecht ist nicht mehr berechtigt, da der Großkapitalist schon durch das Dreifachwahlrecht genügend Vorteile genießt. Auch das Recht der Grundbesitzer, welche durch die Abschaffung der Grundsteuer erhöht. Von dem Regierungsvorstand wurde, wie wir erfahren, der Gedanke zwar als diskutabel bezeichnet. Man werde zu erwägen haben, ob sich ein solches Privileg mit einer Politik der Verbesserung des städtischen Wohlbefindens, die den preussischen Städten in Zukunft gewichtige Aufgaben zuweisen werden, mit im Einklang zu bringen sei. Die Petition, die eine Forderung der Wertzuwachssteuer enthält, wird dem Reichstag zur Beratung vorgelegt. Man müsse allerdings aber auch bei der zukünftigen Grundbesitzerprivileg, namentlich in den Großstädten, das anständige Element gewisse Garantien erhalten.

Der Zeitpunkt für eine grundlegende Änderung des Städteverfassungsgesetzes sei aber jetzt wohl noch nicht gekommen. Die Kommission ging deshalb auch über die Petition zur Angelegenheit über, nachdem die Regierung, für die dritte Ablehnung des Hausbesitzerprivileg in Preußen kommen zu lassen, keinen Anlaß gefunden hatte. Es bleibt also alles beim alten. Gut preussisch!

### Der Sieg der Wertzuwachssteuer.

#### Mit überwältigender Mehrheit.

und zwar mit 43 gegen 8 Stimmen hat, wie wir bereits berichtet haben, die Sachverständigen-Commission der Reichsversammlung gestern die Vorlage über die Einführung der Wertzuwachssteuer angenommen. Ueber die Besätze, die dem wichtigen Beschlusse vorausging, wird uns noch berichtet.

Nachdem die neuwählbaren liberalen Stadtbürgermeister, Stadtbürgermeister, die in der Stadt eingeführt worden sind, folgt die Beratung der Vorlage über die

#### Einführung der Wertzuwachssteuer.

Stadtbürgermeister (nachdem, was) erfindet den Magistrat, die Vorlage zurückzugeben und die nächste Tagesordnung zu setzen, und zwar aus dem Grunde, weil der Magistrat zu spät erschienen sei und von einigen Stadtbürgermeistern nicht genügend habe beschuldigt werden können. Bei der Wichtigkeit der Sache, in der es sich handelt, ist es aber nicht möglich, daß man sich nicht informiert.

Stadtbürgermeister Professor Heine, der über den Antrag Schreiber abstimme, es wird abgelehnt. Stadtbürgermeister Schreiber hat, wenn er sagt, daß auf unsere heutigen Beschlüsse nicht nur die Gemeinden Groß-Berlins, sondern ganz Deutschlands blicken. Denn wenn heute Schöneberg die Wertzuwachssteuer annimmt, so ist es klar, daß

#### und die anderen Städte Groß-Berlins

es sofort einfließen. Das gute Beispiel wird sich über das ganze Deutsche Reich ausbreiten. Die Spannung über das Schicksal der Wertzuwachssteuer hat sich auf das höchste gesteigert, und ich will hoffen, daß die Vorlage ohne Schwierigkeiten verabschiedet wird. Inzwischen werden wir wohl haben, das Temperament der zum Zeit dieletisch sich ergreifenden Schöneberger Stadtbürger zu zügeln, damit Stadtbürgermeister Schreiber nicht seinen Antrag weiter nicht begeben, als die Sache zu verschleppen; jede Verzögerung ist nicht aber für die Stadt Verdorben. Das geht aus den vielen Grundbesitzern hervor, die seit Einführung der Wertzuwachssteuer, sich abmelden; die Grundbesitzer verkaufen immer noch ihre Grundstücke, um sich von der Steuer zu befreien. Wir müssen die Vorlage unbedingt heute zu Grunde bringen. Stadtbürgermeister Schreiber hat, wenn er sagt, daß die Vorlage ohne Schwierigkeiten verabschiedet wird. Die Wertzuwachssteuer-Vorlage ist in der Deputation in vielen Sitzungen auf das eingehendste geprüft und durchberaten worden, so daß sich eine vollständige Erörterung in einer Kommission vollständig ergibt. Die Deputation hat in dem Entwurf alles überlegt, damit der Käufer, der Verkäufer und die Stadt nicht zu Schaden kommen. Es ist ein Vertrauensvotum für die Deputation, wenn die Vorlage heute angenommen wird.

Kammerer Mächowicz: Ich möchte Sie bitten, die Wertzuwachssteuer-Vorlage heute anzunehmen, denn bis zur endgültigen Entscheidung ist immer noch ein weiter Weg; es können noch vier Sitzungen in Betreff der Wertzuwachssteuer, der Oberpräsident und zwei Ministerien. Wenn Stadtbürgermeister Schreiber sagt, daß er sich über den heute angelegten Grundbesitzern nicht genau informieren konnte, so möchte ich erwidern, daß sich der heutige Entwurf in der Hauptlage

nur durch reaktionelle Veränderungen vom ersten untergeordneten zur gesetzlich vorgeschriebenen geändert worden. Ich habe nämlich mit der Aufschlagschuldung festgestellt, und das würde mir nahegelegt, dies und das ändern, was später vielleicht der Regierung Grund geben könnte, den Seigniorat nicht anzunehmen.

Stadtbürgermeister Kötter erklärt namens der sozialdemokratischen Fraktion, daß keine Partei die Wertzuwachssteuer so wie sie vorgelegt sei, annimmt, weil sie eine der gerechtesten Steuern ist, die es gibt.

Stadtbürgermeister Jachow („liberale“) Fraktion beantragt ohne Angabe von Gründen, die Vorlage einem Ausschuss von 13 Mitgliedern zu überweisen. (Große Lärme und Gelächter.) Stadtbürgermeister Schreiber (unabhängige Fraktion) teilt mit, daß er gegen die Vorlage stimmt, weil die Partei, die wenig beachtet wird, keine ist, früher gesagt worden, so führt der Steuer aus, daß die Steuer nicht einführen, wenn nicht auch Wilmersdorf und Charlottenburg dafür sind. Die Wertzuwachssteuer hat in den Städten, die sie eingeführt haben, nicht den Nutzen gebracht, der erwartet wurde. In Kiel hat man die Wertzuwachssteuer mit 240,000 Mark in den Etat eingestellt, und der Betrag war geringer. In Leipzig ist die Wertzuwachssteuer seit einigen Jahren eingeführt und der Betrag ist ebenfalls sehr gering, das gleiche ist in Köln der Fall.

Kammerer Mächowicz: Sämtliche Angaben des Stadtbürgermeisters Schreiber sind falsch; ich kenne seine Quelle nicht, aus der er schöpft, aber er hätte sich vorher informieren sollen. Die Rechnung, weshalb die Städte, die diese Steuer eingeführt haben, die Werte nicht hoch steigen, ist nicht richtig, das die Steuern dieser Städte keine rückwirkende Kraft haben. In diesen Städten wird die Wertzuwachssteuer vom Tage der Einführung ab erhoben; es ist ganz natürlich, daß vor Einführung der Steuer viele Grundbesitzer ihre Häuser verkaufen, um keine Steuern zu bezahlen, ganz wie in Schöneberg. Das dann in den ersten Jahren weniger Grundbesitzern umlage stattfinden liegt auf der Hand. In unferm Entwurf ist aber

#### eine rückwirkende Kraft

vorgezogen. Wenn wir heute die Steuer einführen, berechnen wir den Wertzuwachs vom 1. April 1895 ab. In den von Herrn Schreiber genannten Städten wird der Wertzuwachs vom Inkrafttreten des Gesetzes ab berechnet; es ist klar, daß in so langer Zeit die Werte nicht hoch steigen. Au durch die Höhe der Steuern wird eine offizielle Anstalt. Ziel besagt, daß die Stadt mit der Steuer zufrieden ist. Nachteilige Auswirkungen auf die Bauwirtschaft sind nicht zu konstatieren; auch die Wertschätzung machte keine erheblichen Schwierigkeiten. Bei 250 Grundbesitzern sind 25 Grundstücke gegeben, der größte Teil war ungenutzt. Das im ersten Jahre nach der Einführung der Wertzuwachssteuer in Schöneberg weniger Grundbesitzern umlage als im Jahre vor der Einführung stattfinden werden, heißt sehr viel, wenn die große Menge von Ländern, die jetzt fast 70 von der Einführung abgehoben werden, im letzten vier Monaten in Schöneberg umgelegt worden das sind aber fast alle Verluste von solchen Grundbesitzern, die keine Wertzuwachssteuer zahlen wollen und nun versuchen, so schnell wie möglich vor Einführung der Wertzuwachssteuer ihre Grundstücke zu verkaufen. Die Städte, die keine Wertzuwachssteuer abgeben, es wäre sehr angenehm, wenn in der Deputation, die die Steuer durchberaten habe, wenigstens ein Jurist gewesen wäre. Ich möchte dem Stadtbürgermeister Schreiber sagen, daß von den sieben Mitgliedern der Deputation fünf Juristen waren. (Stadtbürgermeister Schreiber: „Ja, du lieber Gott!“)

Stadtbürgermeister Kötter (liberale Fraktion) spricht sich entgegen gegen eine normale Ausschussberatung aus, weil ein anderes Resultat nicht erzielt werden würde. In den Ausschuss müßten selbstverständlich die Mitglieder der Deputation wiedergewählt werden, die auch bekannt gewesen, was in der Deputation verhandelt wurde, denn die Deputation bestand aus Mitgliedern aller Parteien.

Stadtbürgermeister Jachow: Stadtbürgermeister Schreiber ist sich nicht sicher, ob die Städte, die keine Wertzuwachssteuer abgeben, in Wilmersdorf unsere Ordnung einbringen. So verdrängt werden sie doch nicht sein, die Schöneberger Wertzuwachssteuer einführen, denn wir in Schöneberg haben ganz andere Verhältnisse als die Nationen, die keine Grundsteuer abgeben. In Wilmersdorf gibt es eine Millionenhauser mehr, die zum größten Teil im Allgemeinen ihre Grundstücke lassen und schließlich die Werte in dem Maße wie hier steigen.

Stadtbürgermeister Jachow auf Ausschussberatung wurde abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wurde, wie gemeldet, mit 43 gegen 8 Stimmen die Einführung der Wertzuwachssteuer beschlossen und das Statut genehmigt.

Gegen die Einführung der Wertzuwachssteuer stimmten die Stadtbürgermeister: Heine, Colfer, Julius Fröhlich, Wien Fröhlich, Rudolph, Wulke. Stimmte dagegen: sämtliche acht Gegner gehören der unabhängigen Fraktion an.

#### Schnelle Arbeit.

Der Stadt Schöneberg liegt jetzt selbstverständlich viel daran, die neue Einnahmequelle so bald als möglich zu erschließen. Der Magistrat hielt deshalb gestern im Anschluß an die Sitzung der Stadtbürgermeisterversammlung, in der die Einführung der Wertzuwachssteuer beschlossen wurde, eine Ansprache ab. In dieser erklärte sich der Magistrat einstimmig für die neue Steuerordnung. Der Antrag zur Genehmigung der Wertzuwachssteuerordnung ist bereits heute vormittag der Reichsversammlung unterbreitet worden, damit sich der Reichsversammlung nicht in seiner in den nächsten Tagen stattfindenden Sitzung mit dieser Angelegenheit beschäftigen kann.

Der Reichsversammlung heute, wie bekannt, die Gemeindeglieder, die der Magistrat für das laufende Rechnungsjahr erhoben wollte, als zu hoch beanstandet. Der Satz war von den städtischen Körperschaften auf 6,25 vom Tausend des gemeinen Wertes für unzulässig Grundstücke festgelegt, während der Reichsversammlung die Erhebung eines Satzes von 10 vom Tausend des gemeinen Wertes zu genehmigen geneigt war. Der Magistrat und die Stadtbürgermeister haben deshalb gestern beschlossen, die besetzten Grundstücke mit 2,25 und die unbewohnten Grundstücke mit 4,50 vom Tausend des gemeinen Wertes zu besteuern.

### Kunst und Wissenschaft.

#### Direktor Conrad T.

In Mexiko ist wie uns ein Telegramm meldet, Heinrich Conrad, der bekannte New-Yorker Theaterdirektor, heute vorzeitig an den Folgen des von einigen Tagen erlittenen Schlaganfalls gestorben. Die Nachricht kommt nicht unerwartet, besonders, nachdem eine Angenentzündung eingetreten war.

Conrad, geboren am 8. September 1855 in Weitz in Böhmen, ging bereits im Jahre 1878 nach Amerika, nachdem er von seinem 18. Lebensjahre an auf deutschen Bühnen, und kurze Zeit in Berlin am ehemaligen Nationaltheater, tätig gewesen war. In New-York spielte er zunächst einige Jahre als Charakterdarsteller am Germania-Theater, um dann als Regisseur von Oberbaur zu werden. 1892 übernahm er die Direktion des Irving-Place-Theaters, und in dieser Stellung hat er sich hohe Verdienste um die deutsche dramatische Kunst in Amerika erworben und zahlreiche deutsche Künstler dem New-Yorker Publikum vorgeführt. Conrad war sowohl ein feinsinniger Bühnenleiter wie ein gewiegter Geschäftsmann, der vor seinen Schwierigkeiten zurückwich, um seiner Bühne die interessantesten Werke und die besten Kräfte der Oper wie des Schachspiels zu sichern. Insbesondere beachtete er auch die Leitung der Protoplasten. Ober übernahm hatte, das amerikanische Theaterpublikum die glanzvollen Waagen-Aufführungen, die er in glänzender Ausstattung und mit den besten Kräften des Landes und der großen europäischen Operntheater zu Lande brachte. In früherer Erinnerung ist noch der Kampf, den er um den „Barfuss“ mit Richard Wagner

erleben führte und in dem die schlauesten Schachspieler der Welt seinen Vorzügen nicht zu überbieten vermochten. Vor einem Jahre wurde er infolge eines schweren Leidens die Leitung seiner Bühnen niederlegen und nach Deutschland zurückkehren. Für das New-Yorker Publikum, das ihm sehr viel verdankt, bedeutet Conrads Tod einen schweren Verlust.

Das *Märkische Wandertheater* u. s. w. hielt im Schillertheater in Charlottenburg die öffentliche Generalversammlung unter Vorsitz des Herrn Direktor Schröder ab. Der von dem Vorstände Herrn J. Z. Ems gegebene Geschäftsbericht wurde genehmigt. Die Bilanz schließt trotz unvorhergesehener Ausfälle — wegen des Godwiners in der Altmark mußte eine Anzahl Vorstellungen ausfallen — so ab, daß die Gesellschaft ihre statutenmäßigen Verpflichtungen erfüllen kann. In den Aufsichtsrat wurden wiedergewählt die Herren Direktor Karl Schröder, Konzeptionsrat Eduard Heide, Direktor Dr. Rosenfeld, neu hinzugefügt die Herren: Oberlehrer Dr. Kralowitsch-Sprenger, Bürgermeister Mann-Beckend, Bürgermeister Schneider-Wittenberge.

Anschließend an die Generalversammlung fand eine Konferenz statt, zu der sich Bürgermeister, Vereinsvorstände und andere Freunde des Theaters aus dem märkischen Gebiet zahlreich eingefunden hatten. Nach seinem eingehenden Bericht über die Tätigkeit des Theaters, das an 68 Orten mit 289 Vorstellungen aufgetreten, machte der Leiter Dr. Rosenfeld den Wunsch, die Vorstellungen in den einzelnen Städten in einen regelmäßigen Turnus wiederholen zu lassen. In der Ansprache hierüber wurde die Herbeiführung dieses Planes als erstrebenswertes Ziel bezeichnet. In dem Schlusswort konstatierte Direktor Schröder die günstigen wirtschaftlichen und künstlerischen Resultate des Unternehmens, die eine erprobte Methode der Weiterbildung bezeugen.

**Theaterkonzert.** Das *Veiling-Theater* beabsichtigt seine Opern am Donnerstag, den 2. Mai, um 8 Uhr in einem längeren Gastspiel in das Johann Strauß-Theater in Wien. Die Vorstellungen des neu begonnenen Spieljahres können daher bis zu dem Termin nur je einmal noch gegeben werden.

### Der Prozeß Friedberg.

Die heutige Verhandlung im Prozeß Friedberg eröffnete Landgerichtsdirektor Westermann mit der Mitteilung, daß der Geschworenengericht habe den Sachverhalt nach dem Inhalt der Urteile in dem Angeklagten Buntzen zu ergänzen. Ferner wurden die Angeklagten darauf aufmerksam gemacht, daß in einzelnen Fällen Fall vollendeten Betruges verurteilter Betrag angenommen werden kann.

#### Widmann nahm Staatsanwalt Dr. Aice

das Wort zur Schuldrückung. In fünfjähriger schwieriger Arbeit haben wir uns gemeinsam bemüht, das umfangreiche Material, das uns vorlag, durchzugehen. Die Sachverständigen haben eine große Vereinfachung der Urteile, die in einzelnen Fällen gefordert werden, in dem Angeklagten Buntzen zu ergänzen. Ferner wurden die Angeklagten darauf aufmerksam gemacht, daß in einzelnen Fällen Fall vollendeten Betruges verurteilter Betrag angenommen werden kann.

Widmann nahm Staatsanwalt Dr. Aice das Wort zur Schuldrückung. In fünfjähriger schwieriger Arbeit haben wir uns gemeinsam bemüht, das umfangreiche Material, das uns vorlag, durchzugehen. Die Sachverständigen haben eine große Vereinfachung der Urteile, die in einzelnen Fällen gefordert werden, in dem Angeklagten Buntzen zu ergänzen. Ferner wurden die Angeklagten darauf aufmerksam gemacht, daß in einzelnen Fällen Fall vollendeten Betruges verurteilter Betrag angenommen werden kann.

#### Affenbergers und der Untere

Im Sinne des Börsengesetzes ist auch Friedberg des Staatsanwaltes betrogen und im Sinne des § 79 des Börsengesetzes. Durch die Handhabung der Geschäfte nach Art der Buckel shops habe Friedberg sich des Betruges schuldig gemacht. Er habe die Geschäfte in sich gemacht gegen Wissen und Willen der Kunden und allen diesen Kunden Verlusten zugeführt, deren Wert nicht einer effektiven Anschaffung der Aktien entspricht. Auch in den Geschäftsbedingungen sei mit keinem Wort davon die Rede, daß die Kunden ein obligatorische Rechte erhalten sollten. Friedberg sei mitbewilligt in den Fällen, in denen es zu einer Veräußerung des Betruges des § 79 des Börsengesetzes, denn durch das systematische Annehmen der Geschäfte seien die Forderungen der Kunden Friedbergs gefährdet worden. Nach Ansicht des Staatsanwaltes, die es in längerer juristischer Überlegung begründet, seien diese auf Grund der bestehenden Gesetze die

#### Bucket shops für strafbar zu erklären.

Der Betrag des Friedbergs sei schon darin zu finden, daß Friedberg wissen mußte, daß es zahlungsunfähig war, als er diese Geschäftsbetriebe in so großer Umlage machte. Man könne nicht behaupten, daß der Zusammenbruch des Friedbergschen Geschäftes auf eine unüberlegte Handlung des Aufsichtsrates zurückzuführen sei; dieser innerlich hohe und moralische Leugnung, die wirtschaftliche Schädigung, mußte aber kurz oder lang unausweichlich zusammenbrechen!

#### Der Antrag des Staatsanwalts

laute gegen Friedberg auf drei Jahre Gefängnis, 30,000 Mark Geldstrafe und fünf Jahre Überwachung, gegen Buntzen auf ein Jahr neun Monate Gefängnis und 5,000 Mark Geldstrafe. Außerdem beantragte der Staatsanwalt die sofortige Verhaftung der beiden Angeklagten nach Fällung des Urteils.

### Preussischer Landtag.

#### Abgeordnetenhaus.

72. Sitzung vom 27. April.

Am Ministerialrat: Weber.

#### Erweiterung des Stadtkreises Düsseldorf.

Zweite Beratung des Gegenwärtigen betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Düsseldorf.

Die Kommission empfiehlt, die Erweiterung zuzustimmen.

#### Hg. v. Brandenstein (cont.)

Wir stimmen der Erweiterung im allgemeinen zu, lehnen aber die Eingetragene von Simeonoff in Düsseldorf ab, da wir keinen Grund sehen, weshalb diese Landgemeinde von der Landkarte verdrängt werden soll.

#### Hg. Ling (Str.)

Wir stimmen den Kommissionsbeschlüssen zu.

#### Hg. Dr. Deumer (natl.)

bezeichnet, daß außerhalb des Landes in die Eingetragene Simeonoff ein verurteiltes Verbrechen begangen worden ist. So habe man behauptet, der Vorsitzende der Gemeindefunktion Hg. Langmann habe sich bei einem Besuch der Gensdarmen des Grafen Eber bezeichnet. (Interjektion) Mein Freund Langmann



